

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement (für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühren) / Druck: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftliche und Expedition: „Arbeiterstimme“, Dresden-N., Silberbühnenstr. 2 / Fernsprechkennzeichennummer 14 191 / Postfach Dresden Nr. 13 332, Carl Schlegel-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Preise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Dienstag den 20. April 1926 Nummer 91

Külz gegen das Wahlrecht

Ausschaltung der Demokraten aus der Reichsregierung

Januar 19. April. (Telefon.) In einer großen Zusammenkunft äußerte sich heute Reichsinnenminister Dr. Külz über die gegenwärtige politische Lage. Nach einem eingehenden Nebenbild über die auswärtige Politik führte er aus:

In der Zeitigung der Wirtschaft habe sich die Regierung zu den bekanntesten Steuerermäßigungen entschlossen. Sie habe darüber hinaus aber auch in anderer Hinsicht zahlreiche Maßnahmen im Interesse der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft ergriffen. Die staatswirtschaftliche Gesamtsituation erfordere weitere durchgreifende Maßnahmen. In dieser Beziehung sei mit besonderer Genugtuung das starke Ringen in einzelnen Ländern auf Vereinfachung der Besteuerung zu begrüßen. Entscheidungen von schwerwiegender Bedeutung würden hier beim bevorstehenden endgültigen Finanzvergleich zwischen Reich und Ländern zu treffen sein. Auch das Reich entschiebe sich keineswegs der Erkenntnis, um der Notwendigkeit möglicher Entschärfung in Verwaltung und Gesetzgebung. In der Frage der Staatsbankrottierung dürfe man nicht verzeihen, daß in der überlegenen Mehrheit aller Fälle eine befriedigende Auswandsanordnung bereits erfolgt sei. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volksempfinden und den Forderungen der Gerechtigkeit entsprechendes Gesetz in Reichstagszustand zu bringen, denn die parlamentarische Gesamtsituation sei immer die primäre.

Die Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als eine Notwendigkeit empfunden.

Der Mangel des gegenwärtigen Systems liege klar zutage. Sie hätten in der Entpersonalisierung des Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten und in der zum Teil ganz undemokratischen Form der Wahl, wie sie vor allem in den sogenannten Reichslisten verfochten sei. Die Forderung sei überhaupt keine Wahl reform, sondern eine Erneuerung der Parteistrukturen. Das Reichsgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaft gefordert, um die Anarchie zu bannen, die in der Ausnutzung des Wahlrechts eingetreten sei und um die Voraussetzungen für einen weiteren gesunden Aufstieg der Reichswirtschaft zu schaffen. Beide Gesetze, das Wahlgesetz und das Reichsgesetz, hätten bereits eine gewisse Gehörtheit hinter sich. Beide Gesetze müßten mit dem höchsten Eifer betrieben werden, der der Bedeutung der Materie entspricht. Die gegenwärtige Regierung habe, wie allgemein zu sehen, eine geschlossene Mehrheit der Reichstagsmitglieder nicht hinter sich. Es sei möglich, darüber zu urteilen, ob die Regierung mehr nach rechts oder

mehr nach links neige. Sie gehe ihren Weg geradeaus in der Richtung, die sie durch das Wahl des Vaterlandes für geboten halte und die Unterstützung bei ihrer Arbeit sei ihr von gleichem Werte, ob sie von rechts oder ob sie von links komme.

Der demokratische Minister künde eine ganze Menge der reaktionärsten Maßnahmen zur Rettung der Kapitalisten, die erste Maßnahme, die er dabei offen anspricht, ist der erneute Beamtenabbau. Der Volksempfinden soll durch ein Kompromißgesetz erleichtert werden. Das wesentliche ist die Entschärfung der Wahlrechtsänderung. Auch das ist schon lange eine Forderung der Nationalisten. Die Deutschen wollen wieder ein Klassenwahlrecht, um eine stärkere Vertretung zu bekommen. Das angelegte Reichsgesetz soll die Freiheit des Unterrichts vollständig einengen. Die Parteien sollen neue Rechte erhalten. Die Rede Külz war die Eröffnung eines Programms der Reaktion. Gerade der Demokrat ist der Verteidiger dieses Programms. Für die Arbeiter ist diese Rede ein Signal, zur Abwehr zu rufen.

Während die Demokraten das Programm der Reaktionskräfte durchzuführen entschlossen sind, rufen die Deutschen und Volksparteier zu einem neuen Angriff.

Die demokratischen Blätter berichten über Bestrebungen des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen, die jetzige Regierung zu stürzen und an Stelle der demokratischen Minister Vertreter der Deutschen Nationalen zu setzen. Man hofft das bei den Beratungen über das Fürstentumsgesetz zu erreichen. Der Gegenstand der Regierungsverantwortung soll — dahin gehen die Bestrebungen — so geändert werden, daß er keiner Zweidrittelmehrheit bedarf und mit Hilfe der Deutschen Nationalen angenommen werden kann. Selbstverständlich würde dazu Voraussetzung sein, daß der jetzige Regierungsentwurf verschlechtert wird. Gleichzeitig haben die Bestrebungen noch den Sinn, bei Erfolg des Volksentscheides den Fürsten trotzdem noch Millionen zuzuschlagen. Die „Rostocker Ztg.“ schreibt dazu: „Wenn die Fürsten durch den Volksentscheid schon entschädigungslos enteignet werden, dann können sie natürlich auch nicht mehr abgefunden werden, aber man könnte mit einer Mehrheit, der auch die Deutschen Nationalen angehören, die sich nicht nur auf das Reich beschränken müßte, sondern auch auf Preußen ausdehnen könnte, einmalige Zuwendungen an die Fürstenthümer, insbesondere an die Hohenzollern gewähren, deren Höhe die Bindungen sogar übersteigen könnte, auf die die Fürsten nach dem Kompromißentwurf zu rechnen hätten.“

Hindenburg, Bayern und der Volksentscheid

Es ist kein Geheimnis, daß der sozialdemokratische Parteivorstand sich momentan nicht in einer Stimmung befindet, die man als vergnügt bezeichnen kann. Der Hinauswurf der 23 in Sachsen macht die Zeit an die Hand, wo die sozialdemokratischen Arbeiter mit allen ihren Schlägen machen werden, die mehr oder weniger verknippt auf demselben politischen Boden stehen wie die 23 schlesischen Helden.

Dazu kommen die Schwierigkeiten, die der Volksentscheid verursacht. Eine starke Strömung im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion der SPD. will einem parlamentarischen Kompromiß zustimmen. Aber gleichzeitig haben sie Angst vor den Arbeitern. Sachsen zeigt, daß trotz aller Wandel der sozialdemokratischen Führer, des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Arbeiter nicht mehr ruhig hinnehmen, was ihnen die sozialdemokratischen Führer zu bieten wagen.

Muß die Ursache der Furcht des sozialdemokratischen Parteivorstandes vor dem Ausgang des Volksentscheides aufgedeckt, um ihnen erstens alle eventuellen Sabotageversuche zu erschweren und zweitens die Massen für die Durchsetzung ihres Willens, die Fürsten restlos zu enteignen, vorzubereiten.

In den Führerkreisen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien zerbricht man sich den Kopf, wie man einen Erfolg des Volksentscheides verhindern und, wenn dies doch nicht gelingt, ihn sabotieren kann.

Alle möglichen Vorschläge werden gemacht, die juristischen Dienstleistungen der Bourgeoisie studieren in den Gesetzbüchern, um die „Weimarer Verfassung“ dem Willen der Bourgeoisie anzupassen. Einige dieser Leute haben bereits herausgefunden, daß ein durch Volksentscheid zustandekommes Gesetz vom Reichstag abgeändert und sogar aufgehoben werden kann.

Und man darf sich darum nicht die geringste Illusion machen, daß die Bourgeoisie, ihr Reichstag, ihre Parteien, ihre Regierung auch einen erfolgreich durchgeführten Volksentscheid sabotieren werden, wenn nicht die Massen, welche abstimmen, auch bereit sein werden, ihren Willen auf das nachdrücklichste in den Kampf zu werfen.

Es ist bereits heute notwendig, einige Fragen aufzuwerfen, um auf alle Möglichkeiten vorbereitet zu sein.

Was wird geschehen, wenn der Volksentscheid liegt? Und er muß liegen, wenn die proletarische Einheitsfront in jeder Stadt, in jedem kleinen Ort, in jedem Haus, in jedem Betrieb und Bureau eine systematische und wuchtige Auslieferungsbewegung leitet.

Wird die Regierung die Fürsten restlos enteignen und das Vermögen der Fürsten so verwenden, wie es der Wille der breiten Massen ist? Wird Hindenburg, der General der Hohenzollern sich mit dem Enteignungsgesetz einverstanden erklären? Wird die bayerische Reaktion ihre Wiltensbacher restlos enteignen? Wird die falschische Regierung in Mecklenburg das gleiche gegen ihre Fürsten tun?

Und wenn die verschiedenen Landesregierungen der Reaktion sich weigern? Werden der General der Hohenzollern, die Regierung der Bourgeoisie die Reichsexekutiv zur Durchführung der Enteignung der Fürsten gegen jene Landesregierungen anwenden? Die Reichswehr mit ihren monarchistischen Offizieren, der Verwaltungsapparat mit den monarchistischen Epigonen, die Gendarmen und Fürstenträger? Die gesamte Bourgeoisie hat sich zur Verteidigung der Fürsten gegen die arbeitenden Massen gewandt.

Die Staatsmaschine der von den Sozialdemokraten mit heiligem Eifer geliebten Republik ist das Organ dieser Bourgeoisie. Regierung und Präsident sind die Beauftragten dieser Bourgeoisie, natürlich von den sozialdemokratischen Führern unterstützt.

Keine Illusion! Die Bourgeoisie, ihre Regierung, ihr Präsident, ihre Staatsmaschine, ihre Parteien werden sich nur dann fügen, wenn sie fürchten, mehr zu verlieren als das Geld ihrer Fürsten. Sie werden nur dann keinen Widerstand gegen die Enteignung der Fürsten leisten, wenn sie durch die breiten Massen gezwungen werden, wenn sie befürchten, daß die Sabotage den Rufmarich der 20 Millionen nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern mit der Wucht eines 20-Millionen-Heeres erzeugen wird.

Alle Kraft muß daran gesetzt werden, damit durch eine breite Auslieferung eine breite Mobilisierung der Volksentscheid erzwungen wird. Auch das „Kompromiß“ muß abgelehnt werden, die „Parteien des Volkes“ im Reichs-

Demonstration zur Gesundheitstunde

Berlin. Der Sonntag, der erste Tag der 8-tägigen Gesundheitswoche, fand im Zeichen der roten Sportler Berlins. Wie immer im Volksgarten sah etwa 400 bürgerliche Sportler und „Männern“ und „Frauen“ und Neugierige von allen Seiten, um die gelbe, rote und weiße Fahnen der Sportler für die Gesunderhaltung des deutschen Volkes anzusehen, die in den letzten Tagen der letzten Berlin-Konferenz im Friedrichshain auf. Ob es die Führer der Zentral-Kommission in Einheitsfront mit dem „Vorwärts“ gegen diese Kundgebung absieht, um sie als eine kommunistische Machtdemonstration zu zeigen, war nicht der einzige Grund für die in Friedrichshain auf. Die unzähligen Transparente und roten Fahnen zeigten klar die Auffassung der Arbeiterklasse über die Gesundheit des Staates und seiner Sozialdemokratie. „Aus Fürstenschloßern muß Brot hervorgehen“ — „Hort mit dem § 218, der jährlich 8000 Tode bringt“ — „Gibt uns Brot und lustige Wohnungen, dann bekommen wir Kraft und Schönheit!“ — „Brot uns liebste Sportplätze!“ — „Für eine 12köpfige Familie ein Loch als Wohnung, das sind unsere Wege zur Kraft und Schönheit!“ — „Der mit dem Sechshunderttag für Lehrlinge und Jugendlicher!“ — und viele solcher treffenden Forderungen mehr hören von den Plakaten und Transparenten die die wackeren Arbeiter. Im Friedrichshain und im Hundsholzer, wohin sich der riesige Zug bewegte, sprach die Arbeiter des Arbeiterpartei. Sie zeigten die Not und das Elend auf, und bewiesen, daß hier nicht Föhne pухen und Mägel reinigen, sondern das Kapital helfen kann. Versuche von Schupooffizieren, die Teilnehmer durch Hinein fahren der Lasten mit den Schupooffizieren mitten in den Demonstrationen zu unterbrechen, scheiterten an der Disziplin der Demonstra-

ten. Die Demonstration fand trotz der Sabotageversuche der SPD und der Propaganden der Polizei im Zeichen des Kampfwillens des Berliner Proletariats gegen die Bourgeoisie

Das Reichskabinett gegen den 1. Mai

Berlin, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichskabinett veröffentlicht Richtlinien über den Dienst am 1. Mai, in denen festgelegt wurde, daß Beamte, Angestellte oder Arbeiter bei Reichsbetrieben, die am 1. Mai dienstfrei sein wollen, rechtzeitig einen solchen Antrag zu stellen haben. Dem im übrigen nur so weit entsprechen werden soll, als dadurch die Fortführung der Betriebe nicht in Frage gestellt werde. Bei Beamten und Angestellten soll außerdem für den Fall der Bewilligung solcher Gesuche ein freier Tag vom Erholungsurlaub abgezogen werden. Bei Arbeitern wird für die Dauer der Arbeitsverlängerung Lohn nicht gewährt.

Diese Richtlinien sind ein neuer Vorstoß des reaktionären Reichskabinetts gegen den Feiertag der Arbeiter. Die laue Haltung der Gewerkschaften, die bis dato die Arbeitsruhe am 1. Mai selbst nicht mit Energie durchgeführt haben, hat der Regierung den Weg geebnet.

Goernus ausgewiesen

Wie uns eben mitgeteilt wird, hat das Polizeipräsidium Dresden gegen den bekannten russischen Geiger Goernus aus Dresden ausgewiesen. Der „Rote Geiger“, wie Goernus genannt wurde, ist den weitaus meisten Kreisen bekannt wegen seiner Kompositionen für die Arbeiterklasse. Den bürgerlichen Konzertaufführungen für Goernus schon lange verhoht. Der Feind der Arbeiter ist jetzt den Forderungen des Bürger-Polizeipräsidiums nicht zu widerstehen. Nach seinem Ausschluss aus der SPD. will Goernus wohl bemerken, daß er wichtig ist in den Reihen der bürgerlichen zu wirken.